

Die vor 20 Jahren in Berlin gegründete »Bundesakademie für Sicherheitspolitik« ist eine der wichtigsten militärischen Denkfabriken in Deutschland. Sie dient auch der Kriegsvorbereitung. Von Peer Heinelt **Seiten 10/11**



Kuckucksei

Ein neues Gesetz soll Adreßhändlern Zugriff auf Daten von Einwohnermeldeämtern geben. Interview

2

Kriegshetze

In Syrien soll es viele Foltergefängnisse geben – Quelle dafür ist aber eine etwas dubiose US-Organisation

3

Drohkulisse

Propagandakrieg um den Persischen Golf, und der Spiegel macht mal wieder begeistert mit

6

Chancenlos

Die Troika sucht wieder Athener Ministerien heim. Die Wirtschaft ist aber schon fast totgespart

9

Beamter »Klein-Adolf«

Hessischer Verfassungsschützer könnte in mutmaßlichen NSU-Mord verwickelt sein. Scheidender Verfassungsschutzchef sagt vor Untersuchungsausschuß aus. Von Sebastian Carlens

Steckt ein hessischer Verfassungsschützer hinter dem Mord an einem Kasseler Internetcafébetreiber, der bisher dem »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) zugeschrieben wurde? Diesen Verdacht hat die Wochenzeitung *Die Zeit* am Donnerstag geäußert. Der als »kleiner Adolf« bekannt gewordene ehemalige Verfassungsschützer Andreas Temme war bereits direkt nach dem Attentat auf Halit Yozgat am 6. April 2006 der Hauptverdächtige, »unsere erste und einzige heiße Spur«, wie es der damals ermittelnde Polizeidirektor Gerald Hoffmann ausdrückte. Temmes Arbeitgeber, der hessische Verfassungsschutz, und die politischen Verantwortlichen unter dem damaligen Innenminister und jetzigen Ministerpräsidenten Hessens, Volker Bouffier (CDU), torpedierten die polizeilichen Ermittlungen jedoch (*jW* berichtete). Temme wurde 2007 freigesprochen – aus »Mangel an Beweisen«. Der Geheimdienstler war während und nach dem Anschlag am Tatort, zudem telefonierte er mehrmals an diesem Tag mit einem V-Mann aus der neofaschistischen Szene, den *Die Zeit* als Quelle »GP 389« bezeichnet. Sie soll mindestens seit dem Jahr 2000 in der »Freien Kameradschaft Kassel« aktiv gewesen sein. Mit diesem V-Mann sprach Temme demnach um 16.11 Uhr am Tag des besagten Mordes. »Direkt danach stempelte T. beim Amt aus und fuhr zu dem Internetcafé. Wenige Minuten später war Halit Yozgat tot.«

Der ehemalige Geheimdienstmann Temme, der unterdessen im Regierungspräsidium Kassel arbeitet, hat sich in einer Sendung des ARD-Ma-



Im eigenen Haus getäuscht: BfV-Chef Fromm (Mitte) am Donnerstag auf dem Weg zum NSU-Bundestagsausschuß

gazins »Panorama«, die am Donnerstagabend ausgestrahlt werden sollte, erstmals selbst zu den Vorwürfen geäußert. »Ich war tatsächlich, wie ich es immer wieder nur betonen kann, zur falschen Zeit am falschen Ort«, behauptete der einstige Verfassungsschützer. Es gebe »keine Verbindung von mir zu diesen Taten«.

Vor dem NSU-Untersuchungsausschuß des Bundestages hat am Donnerstag der scheidende Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Heinz Fromm, als Zeuge ausgesagt. Die Mordserie sei »eine schwere Niederlage für die deutschen Sicherheitsbehörden«, so Fromm. Die nachträgliche Vernichtung von Akten zur »Operation Rennsteig«, in deren

Rahmen Spitzel aus dem neofaschistischen »Thüringer Heimatschutz« geworben werden sollten, habe dem Ansehen des Amtes geschadet. Er habe keine Erklärung für die Aktenlöschung und fühle sich getäuscht, sagte der zum Monatsende in den Ruhestand wechselnde Fromm. Der für den Schredderbefehl verantwortliche Referatsleiter des BfV war ebenfalls am Donnerstag vor den Ausschuß geladen worden. Abgeordnete bezeichneten seine Angaben als nicht befriedigend. Vorsitzender Sebastian Edathy (SPD) teilte nach der Vernehmung mit, der Verfassungsschützer habe zu Einzelheiten seine Aussage verweigert. Gegen den Beamten wird derzeit dienstrechtlich ermittelt.

Am Mittwoch konnten die Mitglieder des Ausschusses die noch vorhandenen und rekonstruierten Akten zur »Operation Rennsteig« mit den Klarnamen der V-Leute einsehen (siehe *jW* vom 5.7.). Unter diesen hätten sich keine Schlüsselfiguren des NSU befunden, teilte Hans-Christian Ströbele, der für die Grünen im Gremium sitzt, am Donnerstag dem ARD-»Morgenmagazin« mit. Gleichwohl sei »Entwarnungseuphorie« unangebracht: »Es gab auch Anwerbungen und V-Leute, die aus operativen Gründen nicht in die innere Verfassungsdattei aufgenommen worden sind«, sagte Ströbele. Er habe »immer noch den Eindruck, daß der Verfassungsschutz ungeheuer genau informiert war«.

EZB senkt Leitzins auf Rekordtief



FRANKFURT/MAIN. Drastische Maßnahme, geringer Soforteffekt: Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihren Leitzins auf 0,75 Prozent gesenkt und damit auf den tiefsten Stand seit ihrer Gründung. Den Finanzmarktakteuren war das entweder zu wenig, oder sie hatten die Senkung schon »eingepreist«, denn sie reagierten enttäuscht. Die Aktienbörsen büßten ihre Gewinne größtenteils ein, der Euro sackte deutlich unter die Marke von 1,25 US-Dollar. Mit der Zinssenkung schloß sich die EZB den Notenbanken von Großbritannien und China an, die ihrerseits kurz zuvor eine Lockerung der Geldpolitik bekanntgegeben hatten. (Reuters/jW)

Terrorhysterie in London



LONDON. Drei Wochen vor Beginn der Olympischen Spiele hat die Polizei in London fünf Männer und eine Frau verhaftet, die nach Polizeiangaben im Verdacht stünden, Anschläge geplant zu haben. Die Razzia, bei der die Verdächtigen aufgespürt worden seien, stehe aber nicht im Zusammenhang mit Olympia. Vielmehr habe es sich um eine seit längerem geplante Operation der Geheimdienste gehandelt. Aus Polizeikreisen verlautete, die Verdächtigen hätten Verbindungen zu militanten Islamisten im Ausland. Unklar blieb zunächst allerdings, ob es konkrete Anschlagpläne gab. Nach Angaben der Polizei wird den sechs Verdächtigen »die Beauftragung, Vorbereitung oder Anstiftung zu Terrorakten« zur Last gelegt. (Reuters/jW)

junge Welt wird herausgegeben von 1230 Genossinnen und Genossen (Stand 12. Juni 2012). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

Immer mehr Leiharbeit in der Pflege

Linkspartei kritisiert Dumpinglöhne in der Branche und fordert generelles Verbot

Die Pflege von Alten und Kranken wird immer öfter Leiharbeitern übertragen. Das zeigen jüngste Zahlen der Bundesagentur für Arbeit, die der Nachrichtenagentur *dapd* vorliegen. Danach waren 2005 lediglich 3196 Leiharbeiter in Gesundheits- und Pflegeberufen tätig, 2011 waren es mit 16 350 rund fünfmal so viele. Sabine Zimmermann, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, beklagte, daß diese Pflegekräfte im Schnitt ein Drittel weniger Lohn erhielten als regulär Beschäftigte.

Die BA-Zahlen zur Leiharbeit be-

ziehen sich auf verschiedene Gesundheitsberufe, darunter Ärzte, Krankenschwestern und Hebammen. Die größte Gruppe unter den gut 16 000 Leiharbeitern der Branche bildeten Mitte 2011 Helfer in der Krankenpflege, gefolgt von Sozialarbeitern und -pflegern. In diese Kategorie fallen in der Statistik auch Altenpfleger. Knapp zwei Drittel von ihnen bekamen den Angaben zufolge ein Gehalt, das unter der sogenannten Niedriglohnschwelle liegt. Diese beträgt für einen Alleinstehenden 1802 Euro. Im Durchschnitt erhielten die Leiharbei-

ter Ende 2010 knapp 1600 Euro brutto im Monat. Dagegen lag der mittlere Verdienst im Gesundheits- und Sozialwesen Ende 2010 bei monatlich 2456 Euro.

Zimmermann, die auch stellvertretende Vorsitzende ihrer Partei ist, beklagte: »Die Beschäftigten, die wichtige Arbeit für die Menschen leisten, werden ausschließlich als Kostenfaktor gesehen, den es gilt, möglichst klein zu halten.« Der Anstieg der Leiharbeit in Kliniken und Pflegeheimen sei »ein deutlicher Hinweis auf die voranschreitende Unterfinanzie-

rung dieses Bereichs«. Neben den Beschäftigten seien am Ende die Patienten die eigentlichen Verlierer. Richtig sei daher ein Verbot der Leiharbeit.

Die Bundesagentur rechnet damit, daß die Leiharbeit in der Branche noch zunehmen wird. Sie erklärte zugleich in einer Stellungnahme für die *Süddeutsche Zeitung* (Donnerstagsausgabe), daß sie angesichts von knapp 2,8 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Gesundheitsbereich »eher gering ausgeprägt« sei.

(dapd/jW)

